



Kinderarbeit

Laumann in Indien

S. 8

Betriebsarbeit

CDA-Kollegen im Einsatz bei ThyssenKrupp

S. 12

Volkspartei

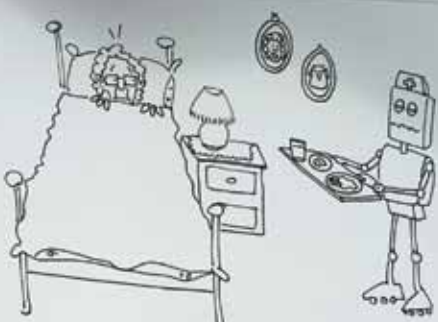
Der Bundesvorstand zur Zukunft der CDU

S. 16

**Vieles
verändert
sich.**

M. Waiz

Es gibt immer mehr
alte Menschen
weniger Junge
Pflege wird teurer
und Schwestern seltener



Gut, dass manche Dinge so bleiben, wie sie sind.

Starke Leistungen, hohe Finanzkraft und umfassender Service. Seit über 100 Jahren sind wir für Sie da. Sorgen Sie jetzt vor – mit PflegeStart, der Zusatzversicherung der SIGNAL IDUNA. So sichern Sie sich eine angemessene Versorgung im Pflegefall. Informieren Sie sich!

SIGNAL IDUNA
Versicherungen und Finanzen

Gut zu wissen, dass es SIGNAL IDUNA gibt.

Ihren persönlichen Ansprechpartner nennt Ihnen:

für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Eric Schewe ● Abt. veöd ● Telefon (02 31) 1 35-25 51 ● eric.schewe@signal-iduna.de

für Arbeitnehmer:

Claudia Utz ● Abt. maksm ● Telefon (02 31) 1 35-43 88 ● claudia.utz@signal-iduna.de

Joseph-Scherer-Straße 3 ● 44139 Dortmund

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Mit vielen Problemen, aber auch einigen Erfolgen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ihren Anteil dazu beigetragen, dass Angela Merkel Bundeskanzlerin ist. Die neue Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist gut aufgestellt: 76 Männer und Frauen bekennen sich in dieser Parlamentariergruppe zu ihren christlich-sozialen Wurzeln. Das bedeutet Anspruch und Verpflichtung zugleich.

In der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wird eine neue Runde eingeläutet. Wir drängen auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen. Für Beteiligungen im Rahmen der so genannten Entgeltumwandlung brauchen wir schnellstmöglich die nachgelagerte Besteuerung bzw. höhere Freibeträge. Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung ist ein Instrument, das besonders in der Krise seine Wirkung entfaltet: Zugeständnisse der Belegschaften können durch Kapitalbeteiligungen wenigstens teilweise kompensiert werden. Und das muss sich auch lohnen können!

Eine andere Baustelle tut sich im Arbeitnehmerdatenschutz auf: Hier müssen verlässliche und klare Regelungen geschaffen werden. Denn ein guter Beschäftigtendatenschutz erhöht die Motivation, fördert die Arbeitszufriedenheit

und bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Standortvorteil. Deshalb sollten wir hier Vorreiter sein!

Rund 2,1 Millionen Menschen, die Arbeitslosengeld II beziehen, haben ein legitimes Recht auf die Regelung der Frage, wer in Zukunft Ansprechpartner auf dem Weg in die Erwerbsarbeit ist und wo sich überhaupt die Anlaufstelle für alle fallbezogenen Fragen befindet. Die Neuordnung des SGB II ist deshalb dringlich. Wenn eine Ausweitung der Optionskommunen ohne Verfassungsänderung möglich ist, sollte dieses bewährte Modell nicht auf 69 Kreise und kreisfreie Städte begrenzt bleiben. Wir müssen Lösungen finden, die nahe bei den Menschen sind!

Der nun in Kraft tretende Mindestlohn in der Abfallwirtschaft darf uns nicht dazu verleiten, auf diesem Sektor die Füße stillzuhalten. Die Überprüfungen werden zeigen, wo es Nachbesserungsbedarf gibt. Und auch in der Pflege sollten wir einen fairen Mindestlohn einrichten! Wir werden – trotz mancher Widerstände des Koalitionspartners – weiterhin für branchenbezogene Mindestlöhne eintreten.

Gerade gute Nachrichten und Erfolge sollen erwähnt werden: Die gesetzliche Rentenversicherung wird im Gegensatz zu den anderen Sozialversicherungen kaum von



den Auswirkungen der Finanz- und Kapitalmarktkrise betroffen sein. Die Einnahmen sind auch in den kommenden Jahren voll ausreichend, um die Ausgaben zu finanzieren. Durch die Festlegung des Beitragssatzes konnte eine ansehnliche Rücklage aufgebaut werden. Das Kurzarbeitergeld sorgt zudem für eine Stabilisierung der Einnahmen. Wir wollen mit dem Kurzarbeitergeld auch weiterhin für Beschäftigungssicherung sorgen!

Peter Weiß MdB,
Vorsitzender der Arbeitnehmer-
gruppe der CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion

PRISMA



Wettbewerb

Fotos und Karikaturen zur Sozialen
Marktwirtschaft S.6

Solidarität

CDA-Bundesvorstand zur
Gesundheitspolitik S.6

Flucht

Kindersoldaten in Deutschland S.7

TITEL



Hart

Kinderarbeit in Indien S.8

Hilfe

Projekte für Kinder S.11

Siegel

Faire Steine für Friedhöfe und
Plätze S. 10

BETRIEBSRATSWAHL '10



Einsatz

CDAler bei Thyssen Krupp Steel
engagieren sich für Kollegen S.12

Appell

Angela Merkel und Karl-Josef
Laumann rufen zur Teilnahme auf
S.14

IMPRESSUM

Herausgeber

CDA Deutschlands
Oranienburger Str. 65
10117 Berlin

Redaktion:

Martin Kamp (V.i.S.d.P.),
Telefon: 030/92 25 11-194
Telefax: 030/92 25 11-2194
E-Mail: mkamp@cda-verlag.de

Gestaltung

iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Anzeigen

Telefon: 030/92 25 11-195
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de
Website: www.soziale-ordnung.de

Fotos Schulte, privat, Stockxpert, CDU,
GDW, Gößling, Kamp

Titel Martin Kamp

Die Ausgaben erscheinen in unregelmä-
ßigen Abständen sechs mal im Jahr.
Namensartikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder.

Preis

Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Derzeit gültige Anzeigen-Preisliste vom
1. Januar 2010.

POLITIK



Beschlossen

Eßer-Papier zur Volkspartei S.16

Entschlossen

CDA für „Equal Pay“ S.15

Abgeschlossen

Vom Arbeitsleben in den Ruhestand S.20

CDA INTERN



Gedenken

Wolfgang Vogt wäre 80 geworden S.27

Ehrung

Roswith-Oerter-Preis für Walzen Irle S.28

Abschied

Heinz Goldenhaus erhält die Goldene Ehrennadel S.27

ZUKUNFTSAKADEMIE

Wer hat Lust, parallel zur Ausbildung oder zum Studium in das politische Geschäft hineinzuschnuppern?

Die CDA bereitet eine Zukunftsakademie vor. Dabei sollen junge Leute die Möglichkeit bekommen, ausbildungsbegleitend die Arbeit von Parlamenten und Regierungen, Parteien, Gewerkschaften und Verbänden kennen zu lernen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekommen einen „Mentor“ bzw. eine „Mentorin“ zur Seite gestellt, absolvieren Praktika und nehmen an Seminaren und Workshops teil. Sie werden somit sowohl mit der praktischen politischen Arbeit als auch mit den theoretischen christlich-sozialen Grundlagen vertraut gemacht.

Das Programm richtet sich ausdrücklich nicht nur an Studierende, sondern auch an Azubis. Die Zukunftsakademie startet in diesem Frühjahr. Wer Interesse hat, schickt eine Mail an:
➤ info@cda-bund.de



Druck Heider Druck GmbH

Mitgliederservice

Telefon: 030/92 25 11-120

Telefax: 030/92 25 11-2110

E-Mail: mitgliederservice@cda-bund.de

Verlag

CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

Geschäftsführer

Martin Kamp

Beitragsbescheinigung für das Jahr 2009

Die Bescheinigungen über die im Jahre 2009 an die CDA gezahlten Mitgliedsbeiträge und Spenden werden ab dem 10. Februar verschickt. Wenn Sie die Bescheinigung nicht bis zum 1.03. bekommen haben, dann melden Sie sich bitte unter der Telefon-Nr.: 030 92 25 11-120 oder schicken eine Mail an: ➤ mitgliederservice@cda-bund.de.



WETTBEWERB

„Soziale Marktwirtschaft“ kreativ

Soziale Marktwirtschaft – dazu gehören menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und die solidarische Absicherung gegen große Lebensrisiken, eine stabile Währung und eine Wettbewerbspolitik, die der Marktmacht entgegenwirkt. Die CDA-Verlagsgesellschaft

plant eine Publikation „Soziale Marktwirtschaft für Einsteiger“ – und sucht dafür Illustrationen. Wer Fotos, Bilder und Karikaturen zum Thema beisteuern will, sollte diese bis zum 31. März 2010 an die CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Oranienburger Straße 65, 10117 Berlin, info@cda-verlag.de senden. Die besten Beiträge werden veröffentlicht und mit 50 bis 100 Euro (je nach Größe des Abdrucks) honoriert. ■

KRANKENVERSICHERUNG

CDA-Vorstand für einkommensabhängige Beiträge

Der CDA-Bundesvorstand macht sich für eine solidarisch und paritätisch finanzierte gesetzliche Krankenversicherung stark. Die Beiträge müssten weiterhin in Abhängigkeit vom Einkommen erhoben werden, die Familienmitversicherung für Kinder und Ehepartner müsse erhalten bleiben. „Allen Tendenzen hin zu einer Zwei-Klassen-Medizin ist entschieden entgegenzutreten. Jeder



muss Zugang zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung und zu einem entsprechenden Krankenversicherungsschutz haben – unabhängig vom Alter, vom Einkommen und vom persönlichen Risiko“, heißt es in einem Vorstandsbeschluss von Ende 2009. ■

kind.gerecht.

Beirat gegründet

Die CDA hat ihren Bundesvorstandsbeschluss umgesetzt und einen Beirat zur Begleitung der Kampagne „kind.gerecht.“ gegen Kinderarbeit gegründet. Vertreter aus Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und anderen Institutionen saßen erstmals im Dezember 2009 in Berlin zusammen, um die inhaltliche Ausrichtung der Kampagne für das Jahr 2010 zu planen. Die nächste Sitzung ist für Ende Februar geplant. ■



BILDUNG

Bessere Anerkennung von ausländischen Abschlüssen

Die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse und Qualifikationen soll in Zukunft verbessert werden. Mit einer bundesweit einheitlichen und leistungsgerechten Anerkennung will der Bund dem künftigen Fachkräftemangel vorbeugen, Mobilität fördern und die Integration von qualifizierten Migranten in den Arbeitsmarkt beschleunigen. Die Verbesserung der in den Heimatländern erworbenen Qualifikationen sei ein „wichtiger Ausdruck einer Willkommenskultur“, die „Wertschätzung vor der Lebensleistung“ beinhalte, so die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Prof. Maria Böhmer. ■



STUDIE

Kindersoldaten in Deutschland

Ehemalige Kindersoldaten sind im deutschen Asylverfahren benachteiligt. Das deutsche Asylrecht geht nur unzureichend auf die besonderen Erfordernisse dieser Flüchtlingsgruppe ein. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Zwischen Angst und Hoffnung – Kindersoldaten als Flüchtlinge in Deutschland“, die vom Kinderhilfswerk terre des hommes und dem Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF) vorgestellt wurde. In der Studie wird die Situation ehemaliger Kindersoldaten analysiert, die als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Dabei wird deutlich, dass weder im Asyl- noch im Aufnahmeverfahren die besondere Situation dieser Flüchtlingsgruppe berücksichtigt wird. Nur in wenigen Fällen erfolgen eine altersgerechte Unterbringung oder eine Betreuung. „Die Aufnahme der jungen Flüchtlinge muss sich am Kindeswohl orientieren. Sie suchen Schutz und dieser wird ihnen in Deutschland vielfach nicht ausreichend gewährt“, meint Thomas Berthold vom B-UMF. Mehr auf www.tdh.de und zum Einsatz gegen Kindersoldaten auf: www.kindersoldaten.info. ■

DATENSCHUTZ

Sehrbrock hegt Zweifel an ELENA

Elektronische Entgeltnachweise (ELENA) lösen künftig die bisher vom Arbeitgeber zu erstellenden Lohn-/Gehaltsbescheinigungen ab. Unternehmen schicken dann die sensiblen und umfangreichen Daten ihrer Beschäftigten an eine zentrale Datenbank der Deutschen Rentenversicherung. Dadurch sollen die Arbeitgeber von ihren Auskunfts-, Melde-, Bescheinigungs- und Archivierungspflichten entlastet und Bürokratie abgebaut werden. Das Großprojekt ELENA ist bereits seit sechs Jahren geplant und umfasst die Daten von rund 40 Millionen Beschäftigten. Doch die Kritik an der groß angelegten Datenspeicherung wird immer lauter. Auch die stellvertretende CDA- und DGB-Bun-

desvorsitzende Ingrid Sehrbrock hegt Zweifel am neuen Verfahrensgesetz: „Angesichts des Datenmissbrauchs, der in den letzten Monaten offengelegt worden ist, braucht es nicht viel Fantasie, sich vorzustellen, was für Begehrlichkeiten solche Datenmengen wecken.“ Zudem wachse die Gefahr von Grundrechtsverletzungen, wenn immer mehr Datenbanken zu Steuern, Gesundheit, Polizeidaten angelegt würden und der Staat darauf den Zugriff einräume, so Sehrbrock. Inzwischen hat das Bundesarbeitsministerium Nachbesserungen angekündigt. ■



MINDESTLOHN

8,02 Euro pro Stunde in der Abfallwirtschaft

„Der Mindestlohn in der Abfallwirtschaft ist eine erfreuliche Lösung für die Beschäftigten in dieser Branche. Jeder Beschäftigte in der Abfallwirtschaft wird durch die Mindestlohnverordnung künftig einen Anspruch auf einen Stundenlohn von mindestens 8,02 Euro haben, unabhängig davon, welche Tätigkeit ausgeübt wird.“ Das sagte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Peter Weiß.



Zukünftig müssten weder Straßenreiniger, Müllwerker oder Arbeitskräfte in Sortieranlagen für weniger als den Mindestlohn arbeiten. Jeder fünfte Arbeitnehmer in der Abfallwirtschaft werde dadurch mehr Geld erhalten als vorher. ■

Mit 30 ist das Leben zu Ende Karl-Josef Laumann in Rajastahn



Karl-Josef Laumann sprach in Indien mit Kindern, die Steine klopfen müssen.

Karl-Josef Laumann guckt sich die Hände der Kinder an – und ist beruhigt. Keine Schwielen, keine Blasen, zarte Kinderhände. „Diese Hände müssen nicht körperlich arbeiten, das sieht man“, sagt der nordrhein-westfälische Arbeitsminister. Er ist nach Budhpura in den indischen Bundesstaat Rajasthan, 600 Kilometer von Delhi entfernt, gekommen – dorthin, wo in riesigen Steinbrüchen Sandstein abgebaut wird und dorthin, wo die Reste des Sandsteinabbaus zu Pflastersteinen klein gehauen werden. In Handarbeit. Oft von Kinderhand. Steine, die vielfach in Deutschland Verwendung finden – als Grabsteine, als Pflaster-

steine, als Baumaterial in privaten Häusern. Laumann, der CDA-Bundesvorsitzende, spricht mit den Kindern – solchen mit den zarten Händen, die inzwischen nicht mehr arbeiten, und solchen, die noch immer viele Stunden am Tag schuften.

Marin ist einer von ihnen. Der Achtjährige weiß zwar, wie er heißt. Seinen Namen schreiben kann er aber nicht, denn eine Schule hat er noch nie von innen gesehen. Stattdessen arbeitet er, Steine sind sein Leben. Er ist einer von tausenden – allein in Rajasthan. Viele werden im Steinbruch groß, werden schon als Babys dorthin mitgenommen. „Je größer die Kinder, desto größer

die Hämmer“, erläutert der Misereor-Kinderrechtsexperte Benjamin Pütter, der Laumann begleitet.

Alt werden die Kinder dort nicht. Wer schon als Kind mit in den Steinbruch genommen wird, hat eine Lebenserwartung von gerade mal 30 Jahren. Und wer mit 18 oder 20 anfängt, Steine zu klopfen, wird im Durchschnitt auch nur 40 Jahre alt. Fast alle sterben sie an Staublunge. Und damit beginnt oft ein Teufelskreis: Stirbt Vater oder Mutter, fehlt das Einkommen für die Familie – ein Grund mehr dafür, dass die Kinder arbeiten müssen. Und fehlende Schulen sind ein anderer. „Was sollen unsere Kinder denn den ganzen Tag machen, wenn wir arbeiten und sie nicht zur Schule gehen können“, bekommt man immer wieder von den Eltern zu hören. Hilfsprojekte zur Überwindung der Kinderarbeit setzen



Kinderarbeit hat viele Gesichter.

auch vor allem da an. So haben die indische Organisation NEG Fire und Misereor eine Schule neben die Steinbetriebe gebaut. 52 Kinder werden dort unterrichtet. „Fast alle haben vorher gearbeitet“, ▶



Sie kommen nur noch zum Spielen zu den Steinen. Sie besuchen inzwischen eine Schule.

► erzählt der Schulleiter dem CDA-Bundesvorsitzenden. Laumann ist angetan, würdigt das Engagement: Bildung sei der entscheidende Schlüssel dafür, dass die Kinder es einmal besser haben.



Die mobile Butterflies-Schule.

Und der zweite Hebel, um Kinderarbeit zu überwinden: dafür sorgen, dass möglichst nur noch Steine ohne Kinderarbeit gekauft werden. So hat Benjamin Pütter gemeinsam mit Norbert Blüm

das „XertifX“-Siegel aufgebaut – für Steine, die garantiert ohne Kinderarbeit auskommen. Unabhängige, unangemeldete Kontrollen bilden die Grundlage für die Vergabe des Siegels. Karl-Josef Laumann besucht in Budhpura einen der Betriebe, die dieses Siegel tragen.

Arbeitsbedingungen wie in Westeuropa herrschen dort auch nicht. Da hocken die Arbeiter dann – auch am Sonntag – hämmern aus Steinplatten einen Pflasterstein nach dem anderen, jeder 14 mal 14 Zentimeter groß. Aber immerhin: Kinder schuften dort nicht. Und die Erwachsenen können von ihrem Lohn leben. 1 Rupie bekommen sie pro Stein, umgerechnet 1,5 Cent. 200 bis 250 Steine schaffe er mit seiner Frau zusammen am Tag, erzählt ein Arbeiter dem nordrhein-westfälischen Arbeitsminister. Das ergibt einen Tageslohn von 3 bis 4 Euro

für beide zusammen – ein Betrag, der gerade so reicht, um über die Runden zu kommen. Karl-Josef Laumann tritt dafür ein, Steine mit einem „nachvollziehbaren, sicheren, unabhängigen“ Siegel zu kaufen. Auch im Gespräch mit Steinexporteuren in der Stadt Kota in Rajasthan betont der CDA-Chef, dass Menschenrechte und Sozialstandards eingehalten werden sollten. Er macht ihnen den fairen Handel schmackhaft: „Wer Steine nach Deutschland verkaufen will, ist gut beraten, auf Kinderarbeit zu verzichten. Das erhöht die Absatzchancen. Denn die deutschen Verbraucher sind hier sehr sensibel.“

Laumann selbst will sich politisch dafür starkmachen, dass auf den nordrhein-westfälischen Friedhöfen keine Steine aus Kinderarbeit mehr aufgestellt werden. ■



Benjamin Pütter mit dem achtjährigen Marin. Er arbeitet in den Steinen.

Siegel, Friedhöfe, öffentliche Aufträge

Damit Steine wirklich „sauber“ sind



Die Paletten mit Pflastersteinen sind für Hamburg bestimmt. Sie stammen nicht aus Kinderarbeit.

Wofür werden Steine aus Indien in Deutschland verwendet?

Als Grabsteine, als Pflastersteine, als Baumaterial in Häusern, als Küchenplatten.

Woran erkenne ich als Verbraucher, dass Steine nicht aus Kinderarbeit stammen?

An entsprechenden Siegeln. Das renommierteste ist das XertfiX-Siegel. Ein weiteres Siegel ist das „Fair-Stone“-Siegel der Organisation win-win. Beide Organisationen prüfen eine Zusammenarbeit, zudem gibt es Bestrebungen für ein

einheitliches Siegel auf europäischer Ebene.

Sind die Siegel verlässlich?

Das von XertfiX auf jeden Fall, weil unabhängige, unangemeldete Kontrollen die Grundlagen bilden. XertfiX will sich zudem den Überprüfungen der „Fair Trade Labelling Organizations“ (FLO) unterwerfen, die etwa auch die Vergabe des Fair-Trade-Siegels für fair gehandelten Kaffee überprüft. Die FLO ist „der Kontrolleur der Kontrolleure“.

Sind Steine aus Kinderarbeit in Deutschland generell verboten?

Nein.

Und auf Friedhöfen?

Das hängt von den jeweiligen Friedhofssatzungen ab. Mehrere Gemeinden haben inzwischen ihre Friedhofssatzungen geändert und die Aufstellung von Grabsteinen aus Kinderarbeit untersagt. In zwei Fällen allerdings haben Steinmetze erfolgreich dagegen geklagt, die Satzungen wurden nicht wirksam. Die Gerichte argumentierten, es fehle eine gesetzliche Grundlage. Derzeit prüfen Juristen, ob die Bundesländer oder der Bund dafür zuständig sind, diese Gesetzesgrundlage zu schaffen. Laumann will in Nordrhein-Westfalen möglichst schnell für Klarheit sorgen. Und unabhängig davon arbeiten die Kirchen daran, die Aufstellung von Grabsteinen aus Kinderarbeit

auf ihren Friedhöfen zu untersagen – sie fallen nicht unter das kommunale Recht.

Was ist bei öffentlichen Aufträgen?

Seit Anfang 2009 gilt ein neues Vergaberecht. Nunmehr ist klargestellt: Bei öffentlichen Ausschreibungen dürfen soziale Aspekte berücksichtigt werden. Schreibt eine Stadt etwa die Steine für die Pflasterung eines öffentlichen Platzes aus, so darf sie in der Ausschreibung verlangen, dass die Steine nicht aus Kinderarbeit stammen. Die CDA appelliert an alle Kommunalpolitiker: Nutzt diese Möglichkeit! Stellt in den Räten entsprechende Anträge! ■



„Arbeit für unter 15-jährige nicht erlaubt“: Steine aus diesem Betrieb tragen das XertifiX-Siegel

Mehr zur Indien-Reise von Karl-Josef Laumann, neue Mitmach-Tipps und Musteranträge auf www.cda-gegen-kinderarbeit.de

Mathe auf der Straße, Rupien auf der Kinderbank Wie Straßenkindern und Kinderarbeitern geholfen wird

Bunte Schmetterlinge schmücken den gelben Bankschalter. Dahinter steht Rohib. Das vierzehnjährige ehemalige Straßenkind ist einer der „Bankdirektoren“ der Filiale Neu-Delhi der Children's Development Bank, der Kinderbank also. Diese Bank macht es Kindern möglich zu sparen. Geld, über das sie verfügen, können sie in Sicherheit bringen – damit sie es nicht auf der Straße wieder verlieren. Wie bei einer „richtigen“ Bank gibt es Spar- und Girokonten – Mindesteinlage 20 Rupien, also etwa 30 Cent. Und Zinsen gibt es natürlich auch. Eigentümer der Bank sind die Kinder selbst – die beste Gewähr dafür, dass die Einlagen nicht abhanden kommen. Karl-Josef Laumann ist begeistert.



Büffeln auf der Straße. Die mobile Schule von Butterflies kommt dahin, wo die Kinder leben.

Die Kinderbank ist nur eines der Projekte von „Butterflies“, ein Programm für Straßenkinder und Kinderarbeiter in Neu-Delhi, das sich Laumann bei seiner Indienreise anschaut. Im „Night Shelter“ können Kinder nachts unterkommen. Und sie können zur Schule



45 Straßenkinder finden im „Night Shelter“ von „Butterflies“ in Neu-Delhi Unterkunft. Karl-Josef Laumann hat mit ihnen gesprochen.

gehen. Amzad ist seit fünf Jahren dabei. Ein Freund hat ihn auf der Straße auf Butterflies aufmerksam gemacht: ein guter Tipp. „Ich bin krank, habe ein Problem mit meiner Leber. Durch Butterflies habe ich medizinische Hilfe bekommen“, berichtet er.

Und Butterflies macht noch mehr: Weil nicht alle Kinder zur Schule gehen können, kommt die Schule zu den Kindern – die mobile Schule im gelben Butterflies-Bus. Da sitzen die Kinder dann vor dem Bus, rechnen in ihren Matheheften, erkunden die Welt in ihrem Atlas.

Leben auf der Straße

Anil ist einer von denen, die es geschafft haben. Der 21-Jährige ist von zuhause weg, hat lange auf der Straße

gelebt – und irgendwann angefangen, auf der Straße zu lernen, in einer Straßenschule. Mit 17 hat er angefangen, Englisch zu lernen, will jetzt aufs College und hat schon seinen Bachelor im Blick. Anil zeigt uns „seine Welt“, die der Kinder auf der Straße, rund um den Bahnhof von Neu-Delhi. Dort leben sie und treiben sie ihren Lebensunterhalt auf: am Bahnhof, neben den Gleisen und zwischen den Gleisen. Fährt ein Luxuszug ein, Endstation Delhi, so mogeln sich immer wieder Kinder dort hinein, durchstöbern ihn nach Brauchbarem: Essen, Wasserflaschen u.Ä. Sie sind immer unterwegs. Und wenn sie mal etwas Geld übrig haben, kaufen sie Tipp-Ex und Klebstoff – zum Schnüffeln. Warum die Kinder von zuhause weglaufen? Anils Antwort ist kurz: „Armut.“ ■

„Schwarze Schafe“ im roten Revier Bei ThyssenKrupp-Steel engagieren sich CDA-Kollegen im Betriebsrat



Und das täglich ab 05:30 Uhr: eine halbe Stunde vor der Frühschicht ist der Betriebsrat für die Kollegen da, berichtet Günter Back (55), gelernter Schlosser, verheiratet, Vater dreier Kinder, CDA-Mitglied. Vor 37 Jahren fing er auf der August-Thyssen-Hütte an, wurde schnell Vertrauensmann, dann Betriebsrat. Back hat ein Herz für sein Gegenüber, lässt durch typische Ruhrpott-Sprüche schmunzeln. Echter Ansprechpartner sein, ist gelebte Betriebsrats-tradition. Da bleibt man nicht im Büro, sondern läuft über das 25 Quadratkilometer große Werksgelände (täglich), ist für die Kollegen da. Früher trug Back die Gießermontur, stach bei 35 Grad im Schatten flüssigen Stahl ab,

heute ist er geschäftsführender Betriebsrat. Bernd Kruse, sein gleichaltriger Betriebsratskollege, hat 17 Jahre Qualitätskontrolle auf dem Buckel, er pflichtet ihm bei. „Am Schreibtisch hocken bringt nix“. Sie wissen, was abgeht.

Kruse ist Vater zweier Kinder, stellvertretender Vertrauens-Körperleiter und CDA-Mitglied. Sie ergänzen sich, weil sie die gleichen Ziele vertreten. Back sprachlich sehr gewandt, Kruse eher zurückhaltend, legt er zur rechten Zeit immer noch ein schönes Argument drauf. Logische Konsequenz: die gesamte Belegschaft steht seit Jahren voll hinter ihnen, wie die aktuelle Sicherheitsliste zur Betriebsratswahl im März zeigt:

beide in Pole-Position. Viel Arbeit steht für sie an, der deutsche Stahlriese ThyssenKrupp Steel Europe steckt momentan nicht in einer Krise. Er hat gleich zwei davon an der Backe, eine doppelte Krise, eigentlich eine Katastrophe.

Fiasko auf dem Flaggschiff

Krise 1: Wenig gefragt sind Stahlprodukte höchster Güte, für die die Hütte weltweit wertgeschätzt wird. Laut Vorstandschef Ekkehard Schulz (68) war 2007/2008 das beste Jahr der Konzerngeschichte. 2009 mussten die Kapazitäten zum Teil aber unter 50 Prozent zurückgefahren werden. Resultat des globalen Banken-Desasters. Teil 2 der Krise hat eine besondere Qualität, weil hausgemacht. Durch Fehlentscheidungen bei Investitionen sorgte das Management dafür, dass dem Konzern Milliarden fehlen. Logisch, der Vorstand denkt jetzt vor allem an eins: Kostensenkung. Das bedeutet, 2000 Kollegen an sieben Standorten sollen ihre Arbeit verlieren.

„Aber da sind wir ja noch vor“

Mit „wir“ meint Günter Back die 39 ThyssenKrupp-Betriebsratsmitglieder. „Da sind wir akribisch hinterher, sämtliche Personalentscheidungen unterliegen uns als Mitbestimmungsträger“, hebt Back hervor, „unsere Schutzfunktion nehmen wir sehr ▶

► ernst“. So etwa, als sie nicht den Vorstandsantrag zur Kurzarbeit abzeichneten, das Problem selbst in die Hand nahmen, eine Alternative erarbeiteten: Qualifizierung durch Schulungen im Unternehmen statt Kurzarbeit. Sie gingen zum Arbeitsamt, holten die Förder-Infos ein. Das machte dann sogar auch die Konzernleitung. Back zufrieden: „Es gibt ein Leben nach der Krise, dafür ziehen wir alle an einem Strang“. Resultat: Mehr qualifizierte Kollegen, die mehr verdienen können, wobei der Konzern während der Maßnahme Lohnkosten spart.

Die natürlichen Feinde im Pott

Dass sind die Herren im feinen Zwirn, die vermutlich noch nie einen 16er-Schlüssel in der Hand hielten, die ihr Arbeitsleben als Unternehmensberater an Schreibtischen verbringen. Wenn die anrücken, entwickeln Back, Kruse und Kollegen besonderen Fleiß, sogar die Systematik von Kollegenbefragungen durch die Unternehmensberater bestimmen sie mit. Nicht grundlos, nehmen diese Herren doch dem Vorstand die Arbeit ab, einen Stellenabbau herbeizugargumentieren, indem sie aus Menschen dividendenfeindliche Objekte werden lassen.

Lohnkostenfrei gegen Arbeitsverdichtung?

Unlängst entdeckten Berater, ThyssenKrupp-Angestellte in der Verwaltung seien weniger effizient als üblich. Im Fachjargon nennt

sich das „schlechter als die Benchmark“ und bedeutet: Entlassungen plus neue Probleme durch Arbeitsverdichtungen, weil die Arbeit auf weniger Schultern verteilt wird. Wohin solche Beratung führen kann? Es kommt vor, dass Angestellte, die nicht „wegberaten“ wurden, ausstempeln und wieder ins Büro zurückgehen und weiter arbeiten – lohnkostenfrei. Selbstausbeutung kann zum Burnout führen, ein ungesundes Verhalten, beendet durch Gespräche mit dem Vorgesetzten. Für Back sind Berater nur zu einem gut: Der Belegschaft die Grausamkeiten zu erzählen, die Chefs nicht gern aussprechen.

Arbeitsverdichtung kann stinken

Nicht zu Ende gedachte Kostensenkungskonzepte können sehr unappetitlich werden. So zeigten neulich die Sanitäreanlagen auf der Hütte Spuren krasser Vernachlässigung. Verantwortlich: Ein neuer Subunternehmer, der Tariflohn zahlte, seinen Leuten aber mehr gereinigte Anlagen abforderte als das sauber arbeitende Unternehmen zuvor. Nicht verantwortlich: der Betriebsrat, der hinsieht.

Back: „Die Arbeitsbedingungen der Belegschaft von Subunternehmern haben wir auch im Auge. Ändert sich unsoziales Verhalten eines Subunternehmens nicht sofort, rücken wir dem Vorstand mit unangenehmen Fragen auf die Pelle“.

„Wir sind die schwarzen Schafe“

Womit Kruse und Back nur eins sind: richtig zufrieden. Man sieht es ihnen an; die Begrifflichkeit „schwarze Schafe“ positiv belegt zu haben, erfreut beide außerordentlich. Als Schwarze im roten Revier immer wieder bei den Betriebsratswahlen bestätigt zu werden, ein Ergebnis, auf das sie stolz sein können. Nicht Ideologien, das gelebte Engagement zählt. Kruse: „Engagiert ist unsere eingespielte CDA-Truppe aus Arbeitern, Angestellten, Azubis, Immigranten und Pensionären aus Überzeugung zu christlich-sozialen Werten. Das spürt die Belegschaft. Wir leben hier mit allen Gruppen sehr gut den Konsens, die Einheitsgewerkschaft“. ■

Eva-Maria Gößling

mit^{be}stimmen > CDA
Betriebsräte wählen

Hintergrundinfos, praktische Tipps und Links zu den diesjährigen Betriebsratswahlen unter > www.waehlt-gute-betriebsraete.de oder direkt über > www.cda-bund.de

„Die betriebliche Mitbestimmung hat eine sehr hohe Bedeutung“

Wahlaufruf von Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands



Die betriebliche Mitbestimmung hat eine sehr hohe Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Stabilität unseres Landes. Vom 1. März bis 31. Mai 2010 haben Sie wieder die Gelegenheit, Ihre Interessenvertreter zu wählen. Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen sind für die CDU eine unverzichtbare Grundlage unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Die in den 50er-Jahren von der Union eingeführte betriebliche Mitbestimmung hat sich bewährt. Durch

die Gewährleistung eines sachgerechten Ausgleichs der Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hat sie die soziale Partnerschaft im Betrieb gefördert und zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit beigetragen. Es gibt keinen Zweifel daran, dass sie ein wichtiger Faktor des Erfolgsmodells der Sozialen Marktwirtschaft geworden ist. Ein Vergleich mit vielen anderen Industrieländern zeigt, wie hoch die produktive Kraft des sozialen Friedens einzuschätzen ist.

Gerade bei der Bewältigung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich, wie wertvoll die Mitbestimmung ist. So haben die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland auch in der Krise gut kooperiert. Gewerkschaften, Betriebsräte und

Arbeitgeber haben gemeinsam mit der Politik Verantwortung übernommen, sodass die ursprünglich befürchteten Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt abgemildert werden konnten. Um möglichst schnell und gestärkt wieder aus dem Tal herauszukommen, setze ich auch künftig auf die bewährten Stärken der Sozialpartner.

Im Koalitionsvertrag konnte die Union die Sicherung der Arbeitnehmerrechte durchsetzen. Kündigungsschutz und Mitbestimmung bleiben unangetastet. Zudem setzen wir uns in Europa beim Thema Mitbestimmung mit allem Nachdruck dafür ein, dass die deutschen Regelungen nicht nur Bestand haben, sondern dass wir diese auch vernünftig verankern. Das fällt naturgemäß leichter bei einer hohen Akzeptanz, die nicht zuletzt durch eine große Wahlbeteiligung bei den Betriebsratswahlen verdeutlicht wird. Deshalb rufe ich Sie nachdrücklich dazu auf, auch im Jahr 2010 von ihrem Recht auf Mitbestimmung Gebrauch zu machen. ■

„CDA-Kollegen wählen“

Wahlaufruf von Karl-Josef Laumann, CDA-Bundesvorsitzender



Ob einige Drogerie- und Einzelhandelsdiscounter oder die schwarzen Schafe in anderen Branchen – die Bedeutung der betrieblichen Mitbestimmung kann man am besten dort

erkennen, wo es keine oder kaum Betriebsräte gibt. Denn dort sind die Arbeitsbedingungen meist schlechter.

Zu den traditionellen Aufgaben der Betriebsräte sind neue Themen hinzugekommen – vom Arbeitnehmerdatenschutz bis hin zur betrieblichen Gesundheitsförderung. Und die Wirtschafts- und Finanzkrise macht deutlich, dass die Arbeitnehmervertreter und -vertreterinnen inzwischen vielfach zu Co-Managern

geworden sind, die erheblich zum Wohle des Unternehmens beitragen. Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft sind ein hohes Gut. Deshalb appelliere ich an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, an den Betriebsratswahlen teilzunehmen. Besonders freue ich mich über die christlich-sozialen Kolleginnen und Kollegen, die sich selbst in der Mitbestimmung engagieren und für den Betriebsrat kandidieren. Ich wünsche ihnen viel Erfolg – und ich bitte um eine breite Unterstützung für sie. ■

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Am 26. März ist wieder „Equal Pay Day“

Gerechtigkeit gehört zu den wichtigsten Grundwerten der CDA. Gerechtigkeit ist aber auch das, was viele Menschen in unserem Land vermissen. Gerechtigkeit hat viele Gesichter. Lohngerechtigkeit gehört dazu.

Niemand wird bestreiten, dass es ungerecht wäre, wenn Menschen wegen ihrer Herkunft oder ihres Glaubens für die gleiche Arbeit einen anderen Lohn erhalten würden. Aufgrund ihres Geschlechts aber erhalten Millionen von Frauen weltweit deutlich niedrigere Löhne als ihre männlichen Kollegen. Bei uns undenkbar? Leider nein! Eine Studie der EU sieht Deutschland diesbezüglich in einem europaweiten Vergleich auf den hinteren Rängen – mit Lohnunterschieden, die um die 22% liegen. Das ist ein Skandal! Im öffentlichen Dienst gibt es solche Lohnunterschiede nicht mehr, wohl aber in der Privatwirtschaft.

Hier besteht also dringender Handlungsbedarf. Die CDU hat daher erstmals in ihrem Regierungsprogramm auch die Notwendigkeit von Lohngerechtigkeit benannt – nun gilt es, alles dafür zu tun, um dies auch Realität werden zu lassen. Eine gute Möglichkeit dafür bietet der „Equal Pay Day“. Bei dieser bundesweiten Offensive geht es um die Kernfrage, wie die Arbeitsleistung von Frauen und Männern fair bewertet werden kann. Und darum, wie gleiche Verdienstmöglichkeiten – bei gleicher Arbeit –

für alle garantiert werden können. Das Kampagnenmotiv wird durch die „Initiative Rote Tasche“ plakativ kommuniziert. Die roten Taschen stehen symbolisch für die roten Zahlen in den Geldbörsen der Frauen. Für den Equal Pay Day – in diesem Jahr am 26. März – hat sich ein starkes Aktionsbündnis zusammengefunden. Mitglieder sind der u.a. Deutsche Frauenrat, die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, der Bund der Unternehmerinnen und die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Seit 2009 werden die Aktivitäten rund um die Entgeltgleichheit auch durch das Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Für die Koordinierung und Unterstützung steht eine Geschäftsstelle zur Verfügung. Die Adresse lautet: Kneippweg 45, 25746 Heide. Ansprechpartnerin ist Frau Ilona C. Kneißler, Tel. 0481 – 42114934, Fax 0481-42114935, Mobil 0173-2805206, E-Mail: i.kneissler@bpw-germany.de oder info@equalpayday.de

Bereits 2009 haben die Frauen in der CDA und in der FrauenUnion zum Equal Pay Day zahlreiche Aktionen initiiert oder sich an Aktivitäten anderer beteiligt. Und 2010? Da sind hoffentlich ganz viele



Kolleginnen und Kollegen vor Ort mit Aktivitäten dabei. Wir wollen unser Engagement verstärken und möglichst flächendeckend deutlich machen, dass CDU und CDA auch nach der Wahl zu ihrem Wort stehen. Die CDA wird – wie im vergangenen Jahr – eigenes Info-Material bereitstellen. Das Ziel, gerechte und auskömmliche Einkommen für Menschen zu sichern, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der CDA. Daher ist es selbstverständlich, dass sich nicht nur die Frauen in der CDA am Equal Pay Day beteiligen, sondern der ganze Verband! ■

Dagmar König

Weitere Tipps und Informationen können unter dagmar.koenig@berlin.de erfragt werden oder auf www.cda-bund.de oder auf www.equalpayday.de

Verharren im Dreißig-Prozent-Turm oder Aufbruch zu neuen Ufern?

CDA-Bundesvorstandsbeschluss auf der Grundlage eines Papiers

von Karl-Albert Eßer



Ob 40 Prozent für eine Volkspartei wieder möglich sind oder auch die CDU im 30-Prozent-Turm gefangen ist – darüber wird breit diskutiert.

Die SPD am Boden, die FDP am Aufwind, die CDU/CSU auch nicht mit einem berauschenden Ergebnis – so ging die Bundestagswahl 2009 aus. Immerhin: Es reichte für eine „normale“ Koalition einer großen Partei mit einem deutlich kleineren Partner. Noch? Zum letzten Mal? – Mit dieser Frage, vor allem aber mit dem Thema, wie sich die CDU aufstellen muss, um Volkspartei zu bleiben, beschäftigt sich ein Thesenpapier von Karl-Albert Eßer, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDA in Nordrhein-Westfalen und Mitglied im Bundesvorstand. Der Bundesvorstand hat das Papier beraten und beschlossen; nun wird eine

Fachtagung zur Zukunft der Volkspartei CDU vorbereitet. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Papier:

„Die Volkspartei CDU profitiert – dies gilt in gleicher Weise für die Schwesterpartei CSU in Bayern – kaum oder gar nicht von der Schwäche der bisherigen Volkspartei SPD. Anders als früher verhalten sich die beiden Parteien nicht mehr wie kommunizierende Röhren zueinander. Dies hat das Ergebnis der Bundestagswahlen noch einmal verdeutlicht. So zufrieden die Union über die neue/alte Koalition mit einer (zu) starken FDP auch sein mag: 33,8 Prozent sind – zumal bei einer beliebten CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzlerin – ein bescheidenes Ergebnis. Die CDU hat nicht nur prozentual,

sondern vor allem bei den Wählerstimmen deutlich an Zustimmung und damit Bindungswirkung verloren, selbst in einem Stammland wie Baden-Württemberg. Droht der CDU mittelfristig ein vergleichbarer, wenn auch eher schleichender Niedergang wie der SPD? Muss sie im Bund und in den Ländern Abschied nehmen von dem strategischen Ziel 40 Prozent plus, das bereits zum vierten Mal verpasst wurde? Wird die Bildung einer CDU-Regierung mit nur einem Partner eher die Ausnahme außer einer Großen Koalition? Ist Jamaika ein Zukunftsmodell für die CDU oder doch nur eine länderspezifische Verlegenheitslösung? Würde das Profil der CDU in einer Dreier-Koalition nicht weiter geschwächt?

Die Fragen zielen auf den Kern der CDU als Volkspartei für alle. Die Partei tut gut daran, mehr Zeit in Herausforderungen für die eigene Zukunft als Volkspartei als in strategischen Optionen zum Machterhalt zu investieren. Es wäre geradezu fahrlässig, aufgrund der erneuten Regierungsbeteiligung und Kanzlerschaft von Angela Merkel – diesmal sogar mit dem „Wunschpartner“ FDP – die Zukunftsfragen für die Partei beiseitezuschieben.

Herausforderungen gibt es jedenfalls genug. Die CDU muss ihrem Führungsanspruch, unsere Gesellschaft in eine gute Zukunft zu führen, gerecht werden. ►

► 1.) Die CDU muss die Integrationspartei bleiben.

Die CDU wurde nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich von engagierten katholischen und evangelischen Christen gegründet mit dem Ziel, durch eine neue, überkonfessionelle Volkspartei den demokratischen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu fördern und zu stärken, die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zusammenzubringen und für sie eine gemeinsame Politik zu formulieren – auch als Bollwerk gegen jede Form von Extremismus. Diesen Anspruch einer integrativen Politik muss die Volkspartei CDU nachhaltig erneuern...

2.) Die Politik der CDU muss auf erkennbaren Grundwerten beruhen.

In einer globalisierten Welt mit unsicheren Lebensverhältnissen für den Einzelnen kommt dabei dem Grundwert "Solidarität" besondere Bedeutung zu. ... Einkommensunabhängige Prämien bei der gesetzlichen Krankenversicherung widersprechen dem Solidarcharakter...

3.) Die CDU muss die Partei der Sozialen Marktwirtschaft bleiben.

Die Krise auf den internationalen Finanzmärkten und ihre verheerenden Folgen für die nationalen Haushalte haben gezeigt, wie gut beraten die CDU ist, vom "Leipziger Sündenfall" endgültig Abstand zu nehmen, nicht mehr zuerst auf das freie Spiel der Marktkräfte zu setzen, sondern zugleich auch die Ordnungsfunktion



Karl-Albert Eßer hat den Text für den Vorstandsbeschluss formuliert.

der Sozialen Marktwirtschaft zu betonen. Die Partei muss diese Kehrtwendung dauerhaft und glaubwürdig formulieren...

4.) Die CDU muss die Partei der Arbeit sein.

Dabei muss Arbeit grundsätzlich gesetzlich geschützt, in der Regel existenzsichernd sein und zur sozialen Sicherheit beitragen. Die CDU muss ein hohes Interesse daran haben, dass Arbeitnehmer fair entlohnt werden...

5.) Die CDU muss die Bildungspartei sein.

Die Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft wird sich weniger am Vermögen als an den Bildungschancen für jeden Einzelnen entscheiden. Die CDU muss daher der Option "Aufstieg durch Bildung – Chancengerechtigkeit für alle" Priorität einräumen. Dabei gilt es, insbesondere Kinder und Jugendliche aus

benachteiligten Familien – seien sie aus armutsgefährdeten Schichten oder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte – durch klare politische Entscheidungen tatsächliche Aufstiegsoptionen zu eröffnen. Dazu zählen die verpflichtende vorschulische Bildung ebenso wie die Realisierung von verbindlicher Ganztagsbetreuung bzw. Ganztagschulen...

6.) Die CDU muss die Familienpartei bleiben.

Die Politik der CDU muss darauf abzielen, die verfügbaren finanziellen Mittel eher in die Stärkung der Infrastruktur als in pekuniäre Leistungen für die Eltern zu setzen. Zur Stärkung der Infrastruktur gehören neben einer weiteren Zunahme von Ganztagsangeboten in Kindertagesstätten und Schulen mehr professionelle Dienste in Form von Familienzentren, Familienberatungsstellen oder der aufsuchenden Sozialarbeit, um Familien zu stützen, die mit ihrem Erziehungsauftrag überfordert sind...

7.) Die CDU muss die Europapartei bleiben.

Die CDU muss daher den politischen Mut haben, die Vision der "Vereinigten Staaten von Europa" aufzuzeigen, die identitätsstiftenden Charakter haben müssen und die ihre Aufgabe als Global Player erfüllen... ■



Das komplette Papier zum Download auf unserer Homepage www.cda-bund.de

Renaissance der politischen Bildung notwendig Unwissenheit gerade unter jungen Menschen nicht hinnehmen



Die Lektüre von Tageszeitungen ist heute nicht mehr selbstverständlich. Kein einfaches Klima für die politische Bildung.

An politischer Bildung wird gespart. Die Haushalte für politische Weiterbildung sind seit Jahren nicht erhöht worden und in einigen Bundesländern rückläufig. Im Land Niedersachsen wurde die Landeszentrale für politische Bildung aufgelöst. Leider wird in allen demokratischen Parteien die irrige Auffassung vertreten, dass politische Bildung keine staatliche Aufgabe sei. Für politische Bildung sei der einzelne Bürger selbst zuständig. Die zumindest einmal in der Woche gelesene überregionale Tageszeitung reiche zur politischen Bildung aus. Und darüber hinaus seien die allgemein bildenden Schulen für politische Bildung zuständig.

Diejenigen, die wiederum politische Bildung zur Privatsache erklären, sind dann wiederum ratlos, wenn junge Menschen zum Rechtsextremismus neigen und dumpfe, fremdenfeindliche Parolen übernehmen. Entsetzen lösten Gewalttaten der autonomen Linken bei Straßenschlachten in Hamburg und Berlin aus, die Ursachen für schwere Verletzungen von Polizisten waren. Kopfschütteln provoziert, dass nach einer Untersuchung des SED-Forschungsverbunds (Berlin) eine große Mehrheit von ost- und westdeutschen Schülern über das DDR-Regime keine grundlegenden Kenntnisse haben. Es ist nicht lustig, dass Schülerinnen und Schüler Walter Ulbricht oder Erich Hone-

cker für einen Liedermacher oder den ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland halten.

Politiker und Parteien genießen landläufig wenig Vertrauen. Umfragen seriöser Meinungsforschungsinstitute sprechen eine beredte Sprache. Denn das Image von Politikern liegt weiter unter dem Ansehen von Ärzten, Pfarrern oder Journalisten. Die negative Berichterstattung in Medien zeigt Wirkung. Die Beteiligung an Wahlen sinkt, insbesondere Kommunalwahlen stoßen auf immer weniger Interesse. Die weit verbreitete Skepsis gegenüber der „etablierten Politik“ macht den Volksparteien zu schaffen. Insbesondere die ►



Karsten Matthis ist Geschäftsführer der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. und leitet das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter.

► einst mitgliedsstärkste Partei, die SPD, verliert zusehends an Mitglieder und Wählerstimmen. Die permanente Parteienschelte in öffentlicher und veröffentlichter Meinung treffen auch die anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Sie beklagen eine überalterte Mitgliedschaft und kaum Neueintritte. Obwohl die Parteiendemokratie auf Basis des Grundgesetzes nachweislich eine Erfolgsgeschichte ist, üben viele Menschen politische Abstinenz.

Dieses Unwissen und diese Passivität zu bedauern, reicht nicht aus. Parteienverdrossenheit und gar die tiefe Abneigung gegen „die Klasse der Politiker“, Gewaltbereitschaft, Rassismus und Geschichtsvergesenheit gefährden unsere Demokratie. Nur der Staatsbürger, der von der Werteordnung des Grundgesetzes überzeugt ist, wird sich für diese einsetzen.

Sind dies nicht alles gute Gründe für eine Renaissance der politischen Bildung? Ist nicht aufgrund grassierender Politikverdrossenheit der Sinn von Seminaren, die Menschen zur politischen Partizipation ermutigen, bereits beantwortet? Politische Bildung, so der Tenor auf einem gut besuchten Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, ist für eine Demokratie (über-)lebensnotwendig. Nicht nur durch so verschiedene Redner auf den Podien dürfen Multiplikatoren wie Lehrer, Richter, Journalisten oder Unternehmern, erreicht werden, sondern auch Menschen in der Mitte der Gesellschaft haben ein Anrecht auf politische Bildung.



Werner Schreiber bleibt Vorsitzender der Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V. Auf der Mitgliederversammlung Ende November in Königswinter wurde der ehemalige saarländische Bundestagsabgeordnete und Sozialminister Sachsen-Anhalts in seinem Amt bestätigt. Silke Striezel wurde als stellvertretende Vorsitzende wiedergewählt.

Bundestagspräsident Norbert Lammert setzte sich nachdrücklich für eine Stärkung der politischen Bildung in Deutschland ein.

Dass politisches und zeithistorisches Wissen oft unzureichend ist, beweisen auch Seminare bei der Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V., die im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) stattfinden. Jugendliche – auch aus Gymnasien – kennen nicht auf Anhieb alle bundesdeutschen Länder. Ältere können nicht alle neuen EU-Mitgliedsstaaten benennen und sind unsicher über die Rechte des Europäischen Parlaments. Dass auch Menschen mit Migrations-

hintergrund Anrecht auf politische Bildung haben und diese auch für ihre Orientierung in einer fremden Gesellschaft benötigen, wird vom nordrhein-westfälischen Integrationsminister Armin Laschet, so auf einer Veranstaltung im AZK, nachdrücklich bejaht.

So sind Steuergelder für politische Bildung sinnvoll investiertes Geld, denn jeder Cent stärkt die Demokratie, die in den Seminaren und Tagesveranstaltungen der politischen Bildung ihre Fürsprecher findet. Politische Bildung hat viel zu tun, sie hat viel zu erklären und Kontexte darzustellen.

Wir als Christlich-Soziale sind aufgerufen, uns an einer Renaissance der politischen Bildung zu beteiligen. Unser christliches Menschenbild zu erläutern und für einen solidarischen Sozialstaat zu werben. Zu der langen Tradition der Arbeitnehmerbildung gehört, Menschen zu ermutigen, Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen und sich für andere weltweit einzusetzen. Mitreden, mitentscheiden und mitbestimmen, kann jedoch nur der, der ein Fundament an politischem Grundwissen besitzt. ■

Karsten Matthis
Geschäftsführer der Stiftung CSP

Das Seminarangebot und Hinweise auf Tagesveranstaltungen der Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V. Sie unter **www.azk.de**

Flexible Übergänge in den Ruhestand: Chance oder Illusion!?

Eine Herausforderung für die CDA



Dachdecker werden immer wieder genannt, um zu unterstreichen, dass nicht jeder bis zum 67. Lebensjahr durcharbeiten kann. Doch auch andere Berufsgruppen suchen nach flexiblen Übergängen.

Den Übergang in den Ruhestand individuell gestalten – eine politisch oft wiederholte Forderung, die auf eine sehr unterschiedliche Resonanz stößt. Ein Reizthema für diejenigen, die von Sorge und Angst erfüllt sind, ob sie trotz einer langjährigen Beschäftigung im Alter ein Auskommen über der Grundsicherung haben werden. Ein Angstthema für diejenigen, die in Berufen arbeiten, die so anstrengend und gesundheitlich belastend sind, dass ein Renteneintritt mit dem 67. Lebensjahr in einigermaßen gesundheitlich guten Zustand illusorisch ist. Kein Thema für unter 30-Jährige, die auch mit guter Ausbildung nicht mehr damit rechnen (können), im Alter auskömmlich

dazustehen, denn sie gehören zur „Generation Praktikum“ – ohne feste, dauerhafte Anstellung.

„ Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll von Betrieben, Unternehmen und dem öffentlichen Dienst besser vorbereitet und unterstützt sowie fließender werden.

Koalitionsvereinbarung CDU/CSU/FDP, 17. Legislaturperiode

Auch in Zeiten der Wirtschaftskrise ist die Lage der Beschäftigten in Deutschland unterschiedlich – in den Branchen, in den Regionen. Aktuell machen sich viele Menschen Gedanken, wie ihre Situation im Alter, beim Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand aussehen wird. Zur Ehrlichkeit in

der Volkspartei CDU gehört vor dem Hintergrund der Koalitionsvereinbarung der CDU, CSU und FDP für diese Legislaturperiode, offen auszusprechen, dass ein vorzeitiger Ruhestandsbeginn nicht kostenlos zu haben ist. Wenn ein Durchschnittsverdiener (rund 30.000 Euro im Jahr 2009) ein Jahr früher in Rente gehen will, benötigt er zum Ausgleich von 100 Euro im Monat rund 23.535 Euro. Hierzu gibt es für diejenigen, die auf Dauer angelegte Arbeitsverhältnisse haben, Möglichkeiten, die unterstützt und weiterentwickelt werden können und müssen. Dies darf aber nicht ausblenden, dass eine Rente nach Mindesteinkommen und eine weitere Antwort für Erwerbsgeminderte und Selbstständige notwendig ist, um auch sie nach gleichen Spielregeln abzusichern. Seit fast 20 Jahren gibt es für unter

65-Jährige, die die Voraussetzungen für den Bezug einer Altersrente erfüllen, die Möglichkeit, eine 2/3-, halbe oder 1/3-Rente in Anspruch zu nehmen. Entscheidend für den individuell zulässigen „Nebenverdienst“ ist der Verdienst der letzten drei Kalenderjahre vor dem Rentenbeginn sowie die Höhe der ►

Notwendige Beiträge zum Ausgleich von Rentenabschlägen

bei einem vorzeitigen Rentenbeginn von	Der Ausgleich von 100 Euro Rentenminderung kostet
1 Jahr (mit 64)	23.435 Euro
2 Jahr (mit 63)	24.345 Euro
3 Jahr (mit 62)	25.327 Euro
4 Jahr (mit 61)	26.392 Euro

Quelle: Eigene Berechnungen der DRV, veröffentlicht bei ihre-vorsorge.de, 2009

► gewünschten Teilrente. Interessierte gesetzlich Rentenversicherte können und sollten sich hier durch die Deutsche Rentenversicherung beraten lassen, denn eine konkrete Antwort, warum diese Möglichkeit nur von rund 4.000 Menschen in unserem Land in Anspruch genommen wird, ist nicht eindeutig. Was bedeutet dies tatsächlich?

den könnte er im Monat folgende Beträge hinzuverdienen: 982 Euro bei einer 2/3-Rente (720 Euro), 1.436 Euro bei einer halben Rente (540 Euro), 1.890 Euro bei einer 1/3-Rente (360 Euro).

Grundsätzlich gilt: Je niedriger der Rentenanteil, desto höher die Möglichkeit des Nebenverdienstes.

„Gleichzeitig gilt es, den Übergang aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand flexibler zu gestalten. Dazu gehört auch, mehr Gestaltungsräume durch mehr Möglichkeiten des Teilrentenbezuges zu eröffnen und die Altersteilzeit tariflich weiterzuentwickeln. Gleichzeitig sind die Unternehmen gefordert, eine langfristige Personalplanung und Qualifizierungskonzepte für alle Altersstufen selbstverständlich werden zu lassen.“

Hannoveraner Grundsätze der CDA Deutschlands

Ein Beispiel: Herr Müller wurde im November 2009 63 und lebt in Westdeutschland. Er hat einen Anspruch auf 1.080 Euro (Brutto) gesetzliche Rente. Sein Einkommen der letzten drei Jahre lag in der Höhe des Durchschnittsverdienstes, also bei rund 30.000 Euro. In den „alten“ Bundeslän-

In einer älter werdenden Gesellschaft sollte zukünftig diese Möglichkeit stärker geprüft werden. Diejenigen, die hier eine Neidiskussion führen, weil nicht jeder hierzu Zugang hat, sollte aktiv für die Rente nach Mindesteinkommen und neue Formen der Altersteilzeit eintreten. Wir

als CDA sollten vor Ort aktiv die Diskussion führen, wie gleitende Übergänge in den Ruhestand gestaltet werden können und welche ergänzenden Schritte notwendig sind. Einbeziehen müssen wir hier auch die Tarifvertragsparteien. Die Metallindustrie hat einen neuen Tarifvertrag für den flexiblen Übergang in die Rente ab 2010 auf den Weg gebracht, der ohne Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit auskommen wird. Die chemische Industrie hatte schon im Jahr zuvor tarifpolitisches Neuland betreten und die Möglichkeit eines „Demografiefonds“ geschaffen. Ein weiterer Weg für den gleitenden Übergang in den Ruhestand kann die Kombination von Teilrente und Altersteilzeit sein, auch wenn sie nicht mehr durch die Bundesagentur gefördert wird. Nach aktuellen Zahlen des IAB arbeiten nur 12 Prozent der Altersteilzeitbeschäftigten in echter Teilzeit, vorwiegend in kleineren Betrieben. Wenn die wirtschaftliche Krise abflaut, können auch Langzeitkonten (Wertguthaben) wieder an Bedeutung gewinnen und Brücken in den Ruhestand bauen. Also lasst uns als CDA dieses Themenfeld besetzen und vor Ort diskutieren! ■

Martina Stabel-Franz ist Referatsleiterin Renten-, Unfallversicherung im Ministerium für Justiz, Arbeit, Gesundheit und Soziales des Saarlandes sowie Mitglied im CDA-Bundesvorstand. Der Beitrag gibt ihre persönliche Meinung wieder.



Brok und Brauksiepe auf dem EUCDA-Kongress bestätigt



Elmar Brok bleibt Präsident der EUCDA

Elmar Brok MdEP wurde auf dem Kongress der EUCDA im slowenischen Bled mehrheitlich als Präsident der EUCDA bestätigt. Damit wird Brok weitere vier Jahre den europäischen Dachverband der CDA leiten. Auch der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende und neue parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dr. Ralf Brauksiepe MdB, wurde als Präsidiumsmitglied der EUCDA wiedergewählt.

In seiner Rede hob Brok die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europas hervor und betonte, dass das Vorgehen derjenigen, die die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise zu verantworten hätten, das gesunde Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger verletzte, das auf Leistungsbereitschaft und Nächstenliebe setze.

Mit Blick auf das Anwachsen der Europäischen Union rief der wiedergewählte EUCDA-Präsident dazu auf,

die lang erkämpften Arbeitnehmerrechte auch auf europäischer Ebene zu verteidigen. „Wir wollen nicht Sozialstandards wie in Indien.“ Dem Markt müssten Grenzen gesetzt werden. Diese Anforderungen an eine gerechte Marktwirtschaft sind auch wesentliche Bestandteile des Entschließungsantrags zur Sozialpolitik, der von den 120 Delegierten mehrheitlich beschlossen wurde.



Dr. Ralf Brauksiepe wurde ebenfalls als Präsidiumsmitglied bestätigt.

Die EUCDA fordert darin eine klare Wettbewerbsordnung, die soziale Grundrechte über Marktzentralismus und grenzenlosen Liberalismus stellt. Dazu gehört eine größere Kontrolle und Transparenz der Ratingagenturen und ein Verbot von unverhältnismäßigen Boni-Zahlungen. Zur Bekämpfung von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt fordert die EUCDA ein geschlechtsneutrales Arbeitsbewertungssystem sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Allgemeine Regelungen der Arbeitszeit für alle Branchen sollen auf der Grundlage gesetzgeberischer und tarifver-

traglicher Festlegungen beruhen. Auch spricht sich die EUCDA für klare Insolvenzrichtlinien aus, um die Beschäftigten vor den Folgen einer betrieblichen Insolvenz zu schützen.



Auch die stellvertretende CDA-Vorsitzende Silke Striezel gehörte in Bled zu den interessierten Diskutanten.

Um qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Mobilität in Europa zu ermöglichen und den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden zu können, sollen das lebenslange Lernen und die berufliche Fortbildung gefördert und die Anerkennung gleichwertiger im Ausland erworbener Qualifizierungen und Abschlüsse gesichert werden.

Zur Bekämpfung der sich immer stärker abzeichnenden Altersarmut fordert die EUCDA, die Säule der staatlichen Rentenfinanzierung zu erweitern und die Übertragbarkeit der betrieblichen Altersvorsorge zu sichern. ■



Mehr zur EUCDA auf:
www.eucdw.org

Berufliche Bildung in Europa hat zwei Namen: EQR und ECVET

Die CDA hat unermüdlich unterstrichen, dass Bildung der wichtigste Rohstoff Deutschlands ist. Lange Zeit ist die berufliche Bildung auch auf EU-Ebene zu kurz gekommen. Nur 2% der Auszubildenden in Deutschland nehmen an EU-Austauschprogrammen teil.

Seit dem Maastricht-Vertrag von 1993 ist Bildung eine „öffentliche Aufgabe“ und seit dem Gipfel von Luxemburg 1996 Teil der Europäischen Beschäftigungsstrategie. 1997 wird in Amsterdam vereinbart, Maßnahmen der Mitgliedstaaten durch die allmähliche gegenseitige Anerkennung von Diplomen, Abschlüssen und Ausbildungsgängen wirkungsvoll zu ergänzen. Mit großem Aufwand wird 1999 die Verabschiedung des Bologna-Prozesses zelebriert. Die Bildungsminister entscheiden, einen einheitlichen EU-Hochschulraum zu schaffen. Die Umsetzung ist umstritten, wie die Studentendemonstrationen dieser Tage in Deutschland, belegen.

2002 wird die Kopenhagen-Initiative beschlossen, heimlich, still und meiner Ansicht nach viel zu leise. Ihre Stichworte: Vergleichbarkeit von Abschlüssen – Erhöhung der Mobilität – Sicherung qualitativ besserer Ausbildung. Kopenhagen bildet den Ausgangspunkt für einen Paradigmenwechsel in der EU und zur Emanzipation der beruflichen gegenüber der

allgemeinen Bildung. Die EU setzt sich das Ziel, die Verbindung zwischen den beiden Ausbildungszweigen herzustellen, dazu die grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitnehmern zu fördern und mehr Vergleichbarkeit von Leistungen zu schaffen. Dafür werden zwei Instrumente entwickelt: ECVET und EQR.

Um Lernergebnisse zu bewerten und zu dokumentieren, legen sich die Mitgliedstaaten im April 2008 auf einen Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) fest. Als Vizepräsident des Ausschusses für Beschäftigung und Soziales des Europäischen Parlaments (EP) erarbeite ich den EQR-Initiativbericht, der im September 2006 mit großer Mehrheit vom EP verabschiedet wird. Wir wollen ein Übersetzungsinstrument schaffen, das die nationalen Qualifikationen europaweit vergleichbar und verständlich machen soll.

Im Jahr 2008 werde ich erneut Berichterstatter, diesmal für ECVET (European Credit System for Vocational Education and Training) und arbeite Erfahrungen von Ausbildern, Auszubildenden und Bildungsinstitutionen ein. ECVET sorgt für europaweite Transparenz und bringt Leistungen auf den Punkt. Es geht darum, Wissen und Fertigkeiten richtig zuzuordnen. Schrittweise sollen Kompetenzen erworben werden, die zu einem



klaren Profil führen. Dabei können die Mitgliedstaaten ihre Eigenheiten bewahren. Während einer Bildungskonferenz, ausgerechnet in Bologna einigen wir uns rasch auf einen Kompromiss. Im Dezember 2008 nimmt das EP meinen Bericht mit großer Mehrheit an, noch während der französischen Ratspräsidentschaft.

Derzeit arbeiten wir intensiv mit den Akteuren der beruflichen Bildung und Ausbildung an der Ausgestaltung von ECVET und EQR.

Von Thomas Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments ■

Weiß folgt auf Weiß



Peter Weiß MdB, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe

Peter Weiß ist neuer Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und damit



Karl Holmeier, erster stellvertretender Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe

Nachfolger von Gerald Weiß. Karl Holmeier aus Bayern ist neuer erster stellvertretender Vorsitzender. Weitere stellvertretende Vorsitzende des parlamentarischen Arms von CDA und CSA sind Heike Brehmer, Uwe Schummer, Stefanie Vogelsang,

Marcus Weinberg, Elisabeth Winkelmeier-Becker, Dr. Matthias Zimmer und Willi Zylajew. Zu Beisitzern bestimmte die Arbeitnehmergruppe Ingo Gädechens, Rudolf Henke, Axel Knoerig, Katharina Landgraf, Stefan Müller, Beatrix Philipp, Klaus Riegert und Heinz Peter Wichtel. In der vergangenen SO! haben wir die komplette Arbeitnehmergruppe vorgestellt. Da es inzwischen Bewegung bei der Arbeitnehmergruppe gegeben hat, die aktuelle Übersicht: (siehe unten)

Die Abgeordneten sind in der Regel zu erreichen über:
vorname.nachname@bundestag.de
Tel.: 030 / 227-0 (Zentrale Bundestag)
Adresse: Platz der Republik 1,
11011 Berlin

Mitglieder der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 17. Wahlperiode

Peter Altmaier, Dorothee Bär, Ernst-Reinhardt Beck, Veronika Bellmann, Clemens Binniger, Prof. Dr. Maria Böhmer, Norbert Brackmann, Helmut Brandt, Dr. Ralf Brauksiepe, Heike Brehmer, Thomas Dörflinger, Ingrid Fischbach, Hartwig Fischer, Herbert Frankenhauser, Erich Fritz, Ingo Gädechens, Alois Gerig, Josef Göppel, Peter Götz, Reinhard Grindel, Astrid Grotelüschen, Jürgen Hardt, Gerda Hasselfeldt, Ursula Heinen-Esser,

Rudolf Henke, Jürgen Herrmann, Christian Hirte, Robert Hochbaum, Karl Holmeier, Dr. Stefan Kaufmann, Roderich Kiesewetter, Axel Knoerig, Thomas Kossendey, Michael Kretschmer, Dr. Hermann Kues, Katharina Landgraf, Ingbert Liebing, Matthias Lietz, Dr. Michael Luther, Karin Maag, Dr. Michael Meister, Dr. Angela Merkel, Maria Michalk, Nadine Mueller, Stefan Müller, Henning Otte, Rita Pawelki, Beatrix Philipp, Lothar Riebsamen, Josef Rief, Klaus Riegert, Erwin Rüddel, Karl

Schiewerling, Tankred Schipanski, Dr. Andreas Schockenhoff, Uwe Schummer, Armin Schuster, Reinhold Sendker, Johannes Singhammer, Jens Spahn, Carola Stauche, Max Straubinger, Dr. Peter Tauber, Volkmar Vogel, Stefanie Vogelsang, Dr. Johann Wadehul, Kai Wegner, Marcus Weinberg, Peter Weiss, Ingo Wellenreuter, Heinz Peter Wichtel, Annette Widmann-Mauz, Elisabeth Winkelmeier-Becker, Dr. Matthias Zimmer, Wolfgang Zöller, Willi Zylajew

Adam Stegerwald – Vordenker und Vorbild Von Ludger Reuber

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft hat drei Quellen und Wurzeln, aus denen sie auch heute Kraft und Selbstbewusstsein schöpfen kann: 1. Die christlich-soziale Idee, die sich aus Katholischer Soziallehre und Evangelischer Sozialethik speist, 2. die von Christlich-Sozialen in Union und Gewerkschaften seit Jahrzehnten beeinflusste Programmatik und praktische Politik, 3. die großen Vorbilder und Vordenker aus den eigenen Reihen.

Zu Letzteren gehört zweifelsfrei Adam Stegerwald, der aus einfachen Verhältnissen stammend als Gewerkschaftsführer und Zentrums- politiker großen politischen Einfluss gewann und Spuren hinterließ. 1874 im fränkischen Greußenheim geboren, erlernt Stegerwald das Schreinerhandwerk und erhält im Katholischen Gesellenverein (der heutigen Kolpingsfamilie) erste politische Kenntnisse und Anstöße. Er bildet sich weiter vor allem durch Kurse des „Volksvereins für das Katholische Deutschland“, durch den

Generationen von Politikern, Gewerkschaftern und Verbandsfunktionären sozial- und wirtschaftspolitische Grundausrüstung erhielten. Hier stellt sich eine wehmütige Erinnerung ein, welch personeller christlich-sozialer Nachwuchs einmal aus den christlichen Sozialverbänden und kirchlichen Bildungseinrichtungen hervorgequollen ist.



Adam Stegerwald, 1874 in Greußenheim als Sohn kleiner Landwirte geboren, wurde einer der bedeutendsten Personen in der Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung.

Die weiteren Stationen Stegerwalds lesen sich wie eine Bilderbuchkarriere, waren jedoch fast immer mit Widersprüchen und Gegnerschaften aus dem bürgerlichen Lager und auch der katholischen Kirche verbunden: Vorsitzender des Christlichen Holzarbeiterverbands Deutschland, Gründungsmitglied und später Generalsekretär des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften, Wahl in die Weimarer Nationalversammlung, die verfassungsgebende Preußische Nationalversammlung und den Deutschen Reichstag, Ministerpräsident von Preußen, Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag, Reichverkehrsminister, Reichsarbeitsminister.

In all diesen Stationen, denen sich eine Vielzahl von weiteren hinzufügen ließen, hat Stegerwald für die Arbeitnehmer gestritten, ihre Rechte und gesellschaftliche Anerkennung vorangebracht. Sein Programm waren die Überwindung der Kluft von breiter Unter- und kleiner Oberschicht sowie eine wirtschaftliche Ordnungsmacht des Staates, der

das Gemeinwohl vor dem unkontrollierten Gewinnstreben einzelner Personen und Gruppen schützt. Dieses Programm hat, wie man sieht, an Aktualität nichts verloren.

Stegerwald hat nach dem Krieg die Gründung von CSU und CDU vor allem programmatisch noch mit vorangetrieben. Er

verstarb jedoch früh im Dezember 1945 in Würzburg. Schon 1920 hatte Stegerwald als Vorsitzender der damals starken Christlichen Gewerkschaften auf deren Kongress in Essen zur Gründung einer konfessionsübergreifenden christlichen und sozialen Volkspartei aufgerufen. Die Zeit dafür war nicht reif, woran sicher auch die christlichen Kirchen Mitschuld trugen. Ob und wie die Geschichte verlaufen wäre, hätten die Christen schon damals zu gemeinsamer politischer und sozialer Verantwortung gefunden, vermag man sich angesichts der dann folgenden Katastrophe der Menschheitsgeschichte gar nicht auszudenken. ►

Die Broschüre „Adam Stegerwald – Politik in sozialer Verantwortung“ kann bestellt werden bei:

Hans-Seidel-Stiftung e. V.
Lazarett Str. 33
80636 München
Tel.: 089 1258-0
(Frau Dr. Renate Höpfinger)

► Die CDA und die bayerische CSA haben jedenfalls allen Grund, sich mit Stolz und Verpflichtung auch heute auf Stegerwald zu berufen und seine bahnbrechenden Ideen für soziale Marktwirtschaft und gesellschaftliche Teilhabe der Arbeitnehmerschaft in Erinnerung zu rufen. Es ist deshalb ein großer Verdienst der Hans-Seidel-Stiftung, in einer sehr lebendigen und anschaulichen Broschüre diese

Erinnerung an Adam-Stegerwald neu belebt zu haben. Autor der Broschüre ist Dr. Bernhard Forster, einem der profundesten Biografen Stegerwalds.

Nachdem in einem unwürdigen Streit Stegerwald-Haus und Stegerwald-Stiftung in Königswinter dem Einfluss der CDA entrissen wurden, leben Geist und Name im Stegerwald-Bund fort, der immer eng mit der CDA verbunden

war. Diese Vereinigung ehemaliger christlich-sozialer Sekretäre in Gewerkschaften, christlichen Sozialverbänden und CDA ist nun auch eine offizielle Vereinigung der CDA. Die jüngste Mitgliederversammlung des Stegerwald-Bundes hatte diesen Antrag beschlossen, und die CDA-Bundestagung hat ihm stattgegeben. ■

Ludger Reuber

Global lernen – virtuell reisen: Champions for South Africa Beitrag zum Globalen Lernen an Schulen

Einen virtuellen Backstage Pass zur Fußball-WM in Südafrika hat die Bonner Entwicklungsorganisation Don Bosco JUGEND DRITTE WELT mit „Champions for South Africa – Join the Game!“ herausgebracht. Die DVD erschien zu Jahresbeginn. Mit zwei interaktiven Abenteuergeschichten führt sie Schülerinnen und Schüler direkt ins

WM-Gastgeberland. Die Schüler selbst beeinflussen die Handlung der Geschichten. Und die finden da statt, wo die Stadionkameras nicht sein werden:

in den Townships, bei Straßenkindern und zerbrechenden Familien. Dabei stoßen die Spieler immer wieder auf andere Kinder und Jugendliche. Sie erfahren, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen haben, aber auch was für eine spannende Kultur Südafrika hat. Die perfekte Vorbereitung auf die Fußball-WM im Sommer.



„Champions for South Africa“ ist für den Unterricht ab der dritten Klasse. JUGEND DRITTE WELT stellt die DVD mit beiden Geschichten und umfangreichem Unterrichtsmaterial Lehrerinnen und Lehrern und Leitern von Jugendgruppen kostenlos zur Verfügung.

Mehr zur WM und zu diesem Projekt in der nächsten SO! ■



Kostenlos bestellen, spielen und downloaden unter www.join-the-game.org oder bei Don Bosco Jugend Dritte Welt, 0228 – 539 65 71



NRW: Auftakt ins Wahljahr

Neujahrsempfang der CDA Ostwestfalen und Nordrhein-Westfalen: Rund 220 Menschen stimmten sich auf die Landtagswahl ein, darunter Schulministerin Barbara Sommer, Europaabgeordneter Elmar Brok und als Gastgeber die Bezirksvorsitzende, Landesbehindertenbeauftragte Angelika Gemkow, sowie der Landesvorsitzende, Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe. Sommer hob die schulpolitischen Erfolge der Landesregierung hervor. Im Anschluss an den offiziellen Teil lud der heimische CDA-Kreisvorsitzende Michael Weber zum Empfang. ■

Namen und Nachrichten



+++ **Wolfgang Vogt** wäre am 1. Dezember 2009 80 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlass hatte im Namen der CDA NRW der stellvertretende Landesvorsitzende, **Karl-Albert Eßer**, zu einem Gedenkgottesdienst mit anschließender Kranzniederlegung eingeladen. „Der Mensch steht im Mittelpunkt“, dies war Vogts Antrieb für gerechte und soziale Politik, ob auf

kommunaler, landes- oder bundespolitischer Ebene. Eine Vielzahl langjähriger Weggefährten gedachten zusammen mit der Familie im Gebet und in Gedanken am Grab, u. a. der ehemaliger Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm**, CDA-Bundesehrenschatzmeister **Heinz Soénius**, **Ludger Reuber**, **Hejo Arentz** sowie Dürens Bürgermeister **Paul Larue**. Karl-Albert Eßer und Landessozialsekretär **Daniel Güttler** legten zum Gedenken an sein jahrzehntelanges Wirken für die CDA einen Kranz nieder. +++

+++ Nach über 31 Jahren im Dienst der CDA wurde Bezirkssozialsekretär **Heinz Goldenhaus** in einer Feierstunde in Kamp-Lintfort in den



wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Neben dem Landesvorsitzenden **Dr. Ralf Brauksiepe MdB** dankte auch Landessozialsekretär **Daniel Güttler** Kollege Goldenhaus für dessen jahrzehntelangen Einsatz und „für die vielen Anstrengungen auch abseits der Tagesordnung“. Für die von Goldenhaus betreuten Bezirke Niederrhein und Münsterland dankten die Vorsitzenden **Uwe** ▶



Walter Link verstorben

Die Christlich-DEMOKRATISCHE Arbeitnehmerschaft Deutschlands trauert um Walter Link, der am 15. Januar 2010 im Alter von 72 Jahren verstorben ist. Der Einsatz für Schwächere und der Sport – beides stand über Jahrzehnte hinweg im Mittelpunkt seines beruflichen und politischen Wirkens. Der Diakon, der zuvor eine Facharbeiterausbildung absolviert hatte, arbeitete 10 Jahre lang in den Bodelschwinghschen Anstalten in Bielefeld-Bethel. Berufsbegleitend bildete er sich zum staatlich anerkannten Erzieher sowie zum Sportlehrer fort. Der Einsatz für Menschen – unter anderem für schwer erziehbare Jugendliche und alkoholkrankte Männer – führte den engagierten evangelischen Christen zur Politik. Von 1978 an zunächst als Landtagsabgeordneter und von 1983 bis 2005 als Bundestagsabgeordneter war Walter Link in den Bereichen Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik tätig. In der 13. und 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages hatte er den Vorsitz der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ inne.

Er war in der Kommunalpolitik engagiert und hat in der CDU Aufgaben übernommen. Als überzeugter Christlich-Sozialer hat er zudem an führender Stelle in der CDA mitgearbeitet – insbesondere von 1989 bis 2003 als stellvertretender CDA-Bundesvorsitzender. Die CDA ist Walter Link nicht nur politisch zu großem Dank verpflichtet. Aufgrund seiner angenehmen menschlichen Art hatte er in unseren Reihen viele persönliche Freunde. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Ursula. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

► **Schummer MdB** und **Bernhard Tenhumberg MdL**. Als Zeichen des Dankes und seiner besonderen Verdienste verliehen CDA-Hauptgeschäftsführer **Martin Kamp** und **Dr. Ralf Brauksiepe** die Goldene Ehrennadel der CDA. +++



+++ Er hat das Arbeiten von der Pike auf gelernt – und er ist ein echter Christlich-Sozialer: Nach dem Besuch der Volksschule machte er eine Lehre zum Mess- und Regelmechaniker. Dann zweiter Bildungsweg, Studium der Sozialarbeit, Tätigkeit beim Kreis-Caritasverband, schließlich stellvertretender Geschäftsführer. Schon früh hat er sich politisch engagiert, war viele Jahre Ratsmitglied in Hürth und ist bis heute CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises. Von 1995 bis 2002 war er Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen, seitdem gehört er dem Deutschen Bundestag an. Dort hat er sich vor allem im Gesundheitsausschuss und ganz besonders im Bereich „Pflege“ einen Namen gemacht. Seit knapp fünf Jahren ist er auch Schatzmeister der CDA Deutschlands. Die Sozialausschüsse haben ihm viel zu verdanken: **Willi Zylajew**. Am 9. Januar ist er 60 Jahre alt geworden. +++



+++ Hohe Ausbildungsquote und Gewinnbeteiligung für Arbeitnehmer – zwei wichtige Forderungen der CDA. Ein Unternehmen, das beide Forderungen erfüllt, ist der Walzenhersteller WALZEN Irl aus Deutz im Siegerland. Grund genug für die CDA Siegen-Wittgenstein, dieser Firma den diesjährigen Roswith-Oerter-Arbeitnehmerpreis zu verleihen. Der Preis, benannt nach der verstorbenen CDA-Kreisvorsitzenden, wurde zum fünften Mal vergeben. **Andreas Storm**, früher parlamentarischer Staatssekretär im Bildungsministerium

und inzwischen Staatssekretär im Arbeitsministerium, hielt die Laudatio. 14 Prozent Ausbildungsquote – das sei mehr als doppelt so viel wie das von der Bundesregierung angestrebte Ziel. Storm würdigte das duale System. „An der Bildung zu sparen, wäre das Falscheste, was wir tun können.“ Der CDA-Kreisvorsitzende **Hartmut Steuber** hob hervor, dass es selbst im Krisenjahr 2009 eine Gewinnbeteiligung gegeben habe. Auch der Bundestagsabgeordnete **Volkmar Klein** und Landrat **Paul Breuer** waren zur Preisverleihung gekommen. +++



+++ Das „Urgestein“ der Thüringer CDA und der langjährige Vorsitzender der AG Betriebsgruppen und Betriebsratsvorsitzender der Leinefelder Textilwerke sowie

Kreisvorsitzender der CDA Eichsfeld, **Ludwig Gatzemeier**, beging im November seinen 60. Geburtstag. Zu den Gratulanten zählte auch Thüringens CDA-Chef **Gustav Bergemann**. +++



+++ Der Landesvorsitzende der CDA Sachsen, **Alexander Krauß**, und der sächsische DGB-Landesvorsitzende

Hanjo Lucassen haben sich in einer gemeinsamen Erklärung für den Erhalt der solidarischen Finan- ►

► zierung der Krankenversicherung eingesetzt. „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht über Gebühr belastet werden! Arbeitgeber müssen in der Verantwortung für die Krankenversicherung ihrer Beschäftigten bleiben“, heißt es in dem Text. Durch den Wegfall der bisherigen Finanzausgleichsregelungen in der Krankenversicherung würde Ostdeutschland benachteiligt. +++



+++ **Dennis Radtke** bleibt Bundesvorsitzender der Jungen CDA. Der 30-jährige Gewerkschaftssekretär wurde einstimmig in seinem Amt

bestätigt. Als Stellvertreter wurden **Anita Euler, Till Gensler, Sönke Siegmann** und **Tom Gläser** wiedergewählt. Unter dem Motto „Sozial ohne rot zu werden“ stellte die Junge CDA auf ihrer Bundestagung die inhaltlichen Weichen für die kommenden Jahre. Dazu gehören ein starker Kündigungsschutz, eine klare Wertorientierung der CDU und eine Stärkung der Vereinigungen innerhalb der Union. Gäste waren der CDA-Bundesvorsitzende **Karl-Josef Laumann MdL**, sein Stellvertreter **Dr. Ralf Brauksiepe MdB** und der Vorsitzende der CDU Ruhrgebiet **Oliver Wittke MdL**. +++

+++ Die Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer Gewerkschafter im DGB hat sich in Baden-Württemberg neu aufgestellt. **Andreas Ziegler** (m.) aus Stuttgart wurde zum neuen Landesvorsitzenden der CDA/DGB AG gewählt. Ziegler sieht



+++ Im Rahmen einer Werksführung bei der Deutschen Steinzeug Cremer & Breuer AG in Sinzig wurden den CDU-Sozialpolitikern – darunter der Vorsitzende des CDA-Kreisverbandes Ahrweiler **Armin von Ameln** (1.v.r.), der CDU-Landtagsabgeordnete **Guido Ernst**

(6.v.r.) und der Vorsitzende des CDA-Bezirksverbandes Koblenz-Montabaur **Ekkehard Gauglitz** (1.v.l.) – die Produktionsstätten und die Produktionsstraßen der Feinsteinzeug-Bodenbeläge sowie Industriebodenbeläge vorgeführt und Arbeitsabläufe erläutert. +++



die Arbeitsgemeinschaft als Brücke zu den DGB-Gewerkschaften und befürwortet eine Zusammenarbeit mit den CDA-Kollegen aus dem Christlichen Gewerkschaftsbund. +++

+++ Die Rechtsanwältin **Michaela Zimmer** aus Hemsbach ist neue Vorsitzende der CDA Rhein Neckar. Stellvertretende Kreisvorsitzende wurden **Günther Krotz** und **Clemens Götz**. Krotz wurde zusätzlich neuer Schatzmeister. Zu den Beisitzern zählen **Theo Saur, Matthias Ling,**

Franz Meisel, Günther Hock und **Annemarie Krotz**. „Die CDA Rhein-Neckar ist wieder da!“, begann der CDA-Bezirksvorsitzende **Uwe Terhorst** seine Rede auf der Kreisversammlung, an der auch der CDA-Landesvorsitzende **Dr. Christian Bäumler** teilnahm. +++



+++ Die traditionelle Herbsttagung des CDA-Bezirksverbandes Osthesen und des CDA-Kreisverbandes Fulda fand in diesem Jahr im ►

► Hessischen Elters /Rhön statt. Wie immer nahmen auch die Kolleginnen und Kollegen aus dem befreundeten Landesverband Thüringen teil. „20 Jahre Fall der Mauer“ und „Thüringen nach der Landtagswahl“ waren die Themen der hochinteressanten Tagung. Prominenter Gast war der Thüringer CDA-Landesvorsitzende **Gustav Bergemann MdL. +++**



+++ Finanz- und Wirtschaftskrise – Bundestagswahl 2009 – zwischen Hoffen und Bangen. Mit diesem Thema startete der CDA-Bezirksverband Westhessen sein 13. Jahrestreffen. Der Vorsitzende **Hajo Pirschle** nutzte den Anlass, um mit den Teilnehmern die letzte Bundestagswahl und Zukunftsfähigkeit der CDU zu analysieren. Der stellvertretende Kreisvorsitzende der CDA Rheingau-Taunus und Betriebsratsvorsitzender **Kai-Uwe Hemmerich** berichtet über seine Arbeit in schwierigen Zeiten. **Dr. Regina Görner**, IG-Metall-Vorstandsmitglied, plädierte für internationale Regelungen zur Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft. +++

+++ Nach dem Tod des ehemaligen CDA-Stadtverbandsvorsitzenden

Friedhelm Adolfs wurde in Bergheim/Erft unter Leitung des CDA-Kreisvorsitzenden **Hans Schnäpp** der CDA-Stadtverband wiedergegründet. Vorsitzender wurde **Michael Möller**, Stellvertreter **Jörg Schauff**. **Harald Satzky** übernahm das Amt des Geschäftsführers. Beisitzer wurden **Heinrich Flamm**, **Achim Hermes**, **Claus Jeske**, **Thomas Klausnitzer** und **Norbert Radermacher**. Referent des Abends war der Bundestagsabgeordnete **Willi Zylajew. +++**



+++ **Karin Möhle** wurde als Kreisvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse (CDA) Karlsruhe wiedergewählt. Neben den Stellvertretern **Jean-Claude Durand** und **Stephan Kammerer** gehören **Michael Möhle** (Schriftführer), **Andreas Baeske** (Internetbeauftragter), **Roswita Cannavo** (Schatzmeisterin) sowie die Beisitzer **Norbert Hoffmann**, **Heinz Schweitzer**, **Jürgen Smits**, **Dietmar Werner** und Kassenprüfer **Bernhard Eldracher** zum neuen Vorstand. An der anschließenden Adventsfeier nahmen der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende **Christian Bäumler** und die CDU-Landtagsabgeordnete **Katrin**

Schütz teil. Schütz warb in ihrer Rede für die neu eingeführte Werkrealschule, die die Möglichkeit eröffne, die Schullandschaft an gesellschaftliche Veränderungen anzupassen. +++

+++ Der Arbeitskreis Soziales der CDU-Nordbaden und der CDA-Bezirksverband luden zur Podiumsdiskussion „Kann ich meinen Lebensstandard im Alter sichern“ nach Heidelberg. Podiumsteilnehmer waren **Dr. Christian Bäumler**, stellvertretender Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender der CDU Sozialausschüsse, **Andreas Schwarz**, Direktor der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, **Prof. Dr. Herbert Schweizer**, Vorsitzender der KAB im Diözesanverband Freiburg, der das „Cappuccino-Modell“ der katholischen Verbände vorstellte. +++



+++ Zum traditionellen Gänseessen und politischen Meinungsaustausch begrüßte der Kreisvorsitzende der CDA Breisgau-Hochschwarzwald, **Jürgen Hannemann**, in Breisach den stellvertretenden CDA-Bundesvorsitzenden **Dr. Christian Bäumler. +++**

Der persönliche Fragebogen der Sozialen Ordnung

Heute: Egbert Biermann

1. Wieso bist Du in der CDA?

Zuerst einmal, weil mich ein Kollege geworben hat. Zum Zweiten, weil ich mich mit der Kath. Soziallehre und dem Wirken von Christlich-Sozialen befasst habe. Und zum Dritten, weil sich in der CDA eine „dufte Truppe“ zusammenfindet.

2. Worüber, worauf freust Du Dich?

... auf die Abende, an denen ich meinen Enkel ins Bett bringe.

3. Was gibt Dir Kraft?

Wenn ich wüsste, was mir Kraft gibt, wäre ich um eine wichtige Erfahrung reicher. Meine Überzeugung, mein Ehrgeiz und die Hoffnung, dass meine Handlungen von einer gewissen Bedeutung für andere sind, treiben mich an.



Egbert Biermann gehört dem geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft IG BCE seit Ende 2008 an. Zuvor war er viele Jahre Vorstandssekretär, Abteilungs- und Bereichsleiter beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Der 1954 geborene Diplom-Sozialpädagoge ist auch Mitglied im CDA-Bundesvorstand an und leitet den Arbeitskreis Energiepolitik.

4. Wovor hast Du Angst?

..., dass ich Fehler mache, die nicht wieder gutzumachen sind.

5. Dein Buch-Tipp?

Die „Texte zur Katholischen Soziallehre“ der KAB.

6. Welche Website empfiehlst Du zum Reinklicken?

Websites, die Zahlen und Fakten liefern (z.B. Destatis, die BA) oder über die parlamentarische Arbeit informieren (z.B. der Deutsche Bundestag).

7. Welche Musik hörst Du am liebsten?

Mein Musikgeschmack ist breit gefächert: Jazz, Liedermacher, Oldies aus meiner Jugendzeit.

8. Dein Leibgericht?

Ein Leibgericht habe ich nicht, liebe jedoch die koreanische Küche.

9. Mit welchem Promi würdest Du Dich gern einmal in Ruhe unterhalten?

Mit Papst Benedikt XVI.

10. Und mit wem würdest Du gern mal einen Tag tauschen?

Mit einem Richter am Bundesverfassungsgericht.

11. Du hast unverhofft drei Stunden frei. Wie verbringst Du die Zeit?

... an den noch unerledigten Vorhaben arbeiten.

12. Wo möchtest Du – außer in Deiner derzeitigen Heimat – gern leben?

Ich habe nicht den Wunsch woanders zu leben.

13. Welche Vorbilder hast Du – in der Geschichte und in der Gegenwart?

In der Geschichte: Personen, die sich voll und ganz anderen Menschen gewidmet haben (Mutter Teresa, Frère Roger, Carl Sonnenschein). In der Gegenwart: Personen von nebenan, die ihr Leben leben, ohne jemals im Rampenlicht zu stehen, aber für ihre Nächsten da sind.

14. Was ist Dein größter (politischer) Erfolg?

Die Erfolge, an denen ich bisher mitgewirkt habe, waren immer Mannschafts-siege. Sie gegeneinander abzuwägen und zu benennen, fällt mir schwer.

15. Was ist nicht sozial? Was ist nicht in Ordnung?

Der Hunger auf der Welt – und die Tatsache, dass wir noch immer keine weltweit geltenden allumfassenden „Korsettstangen“ für die Finanzdienstleister haben.

16. Du darfst allein über die Verwendung von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt entscheiden. Wofür gibst Du das Geld aus?

Eine Stiftung „Berufliche Weiterbildung“ gründen. Gleichzeitig wäre ein gesetzlicher Weiterbildungsanspruch für alle abhängig Beschäftigten zu schaffen.

17. Dein Lebensmotto?

„Der Kompromiss ist der Fortschritt!“ ■

UNSER KONJUNKTURPROGRAMM: 26 MILLIARDEN FÜR DIE ZUKUNFT.

Wir investieren Milliarden – sechszwanzig allein bis 2012. Zum Beispiel in neue Projekte wie den Offshore-Windpark „Innogy Nordsee 1“, das CO₂-freie Kohlekraftwerk in Hürth oder das modernste Umspannwerk der Welt in Mülheim an der Ruhr.

Davon profitieren Millionen – nicht nur unsere Stromkunden. Denn diese Projekte sichern und schaffen Arbeitsplätze. Das ist gut für die Kaufkraft, gut für die Konjunktur und deshalb auch gut für Sie. www.vorweggehen.com



VORWEG GEHEN